

**Motion**von Ueli Nagel (Grüne)  
und Heidi Bucher (Grüne)

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat ein *Gesundheitskonzept* (mit nach Priorität geordnetem Massnahmenplan) vorzulegen, welches eine Gesamtstrategie der Gesundheitsförderung und medizinischen Versorgung in der Stadt Zürich mit den Schwerpunkten Prävention und Nachhaltigkeit (Gleichberechtigung von wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten) ausweist.

GR Nr. 2003 / 114

**Begründung**

Die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen sind durch Einzelmassnahmen in der medizinischen Versorgung nicht in den Griff zu kriegen. Obwohl viele Entscheidungen in diesem Bereich auf Kantons- und Bundesebene fallen, hat ein grosses Gemeinwesen, wie die Stadt Zürich, als Produzent und Nachfrager von Gesundheitsleistungen beträchtliche Gestaltungsmöglichkeiten. Diese können am besten im Rahmen eines Gesamtkonzepts, welches soweit möglich mit den wichtigsten (privaten und öffentlichen) Partnern zusammen erarbeitet wird, zum Tragen kommen. Das Konzept kann an die strategischen Leitsätze des GUD (2001) anknüpfen, soll aber wesentlich darüber hinausgehen und einen nach Prioritäten geordneten Massnahmenplan enthalten. Als Vorbild kann dabei die erfolgreiche Ausarbeitung des Alterskonzepts „Alt sein in Zürich“ (GUD, 2002) dienen.

Mit präventiven Aufklärungs- und Informationskampagnen, gerade auch bei den Bevölkerungsteilen die aus anderen Kulturkreisen mit anderen Versorgungssystemen zugewandert sind, können mittelfristig die Gesamtkosten der öffentlichen Gesundheitsversorgung gesenkt werden.

Durch den vermehrten Einsatz – gezielt auch in der stationären Versorgung – von ganzheitlichen, alternativen Heilmethoden, die oft ohne Medikamente oder mit kostengünstigen Naturheilverfahren auskommen, können einerseits die Akzeptanz und Bedeutung dieser Verfahren in der Gesellschaft (wieder) gestärkt und andererseits – bezogen auf die gesamte Bevölkerung – teilweise Kosten eingespart werden.

Die Nachhaltigkeit und Effizienz kann im Gesundheitswesen u.a. durch die Einführung vertikal integrierter Versorgungsnetze gefördert werden, in deren Zentrum die grossen öffentlichen Spitäler stehen. Mit einer guten Koordination zwischen vor- und nachgelagerten Anbietern (vertikale Vernetzung) resultieren für die PatientInnen kürzere Wartezeiten, weniger Doppelspurigkeiten und Behandlungsunterbrüche und für die Anbieter eine bessere Triage und mittelfristig auch kostensenkende Effekte (letztere setzen allerdings z.T. Anpassungen der tariflichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen voraus).

